

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 38 | 20.09.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 279/2019](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus betreffend die Statistik über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Jahr 2020 (**Agrarstrukturstatistik-Verordnung 2020**)

### [BGBl III 139/2019](#)

Kundmachung der Bundeskanzlerin betreffend die **Obsoleterklärung bzw Beendigung** folgender Übereinkommen zwischen Österreich und Italien

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 238 v 16.09.2019, 1](#)

Unterrichtung über das Inkrafttreten der Änderung 1 zur **Kooperationsvereinbarung** NAT-I-9406 zwischen den **Vereinigten Staaten von Amerika** und der **Europäischen Union**

### [ABI L 238 v 16.09.2019, 1](#)

Unterrichtung über das Inkrafttreten der Änderung 1 zu dem Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Regelung der **Sicherheit der Zivilluftfahrt** zwischen den **Vereinigten Staaten von Amerika** und der **Europäischen Gemeinschaft**

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 11.06.2019, [V 12/2019](#)

**StVO**; keine Gesetzwidrigkeit der **GeschwindigkeitsbeschränkungsVO** einer Stmk BH bei Bauführung im Straßenbereich betreffend die Ermächtigung der Organe eines Bauführers zur Bestimmung des örtlichen und zeitlichen Umfangs der von der

Behörde verordneten Verkehrsmaßnahmen; ordnungsgemäße Kundmachung von Zeitpunkt und Ort der Verkehrszeichenaufstellung

11.06.2019, [V 13/2019](#)

**StVO**; keine Gesetzeswidrigkeit der **GeschwindigkeitsbeschränkungsVO** einer Stmk BH bei Bauführung im Straßenbereich betreffend die Ermächtigung der Organe eines Bauführers zur Bestimmung des örtlichen und zeitlichen Umfangs der von der Behörde verordneten Verkehrsmaßnahmen; ordnungsgemäße Kundmachung von Zeitpunkt und Ort der Verkehrszeichenaufstellung

11.06.2019, [G 42/2019](#)

**KSChG**; Unzulässigkeit eines **Individualantrags auf Aufhebung einer Bestimmung** des KSChG mangels Legitimation; Möglichkeit zur Stellung eines Parteiantrags sowie Anregung eines Normprüfungsverfahrens im Gerichtsverfahren auf Grund der – ansonsten vorliegenden – **Doppelgleisigkeit des Rechtsschutzes** im Widerspruch zum Subsidiaritätsgrundsatz von Individualanträgen

11.06.2019, [E 4632/2018](#)

**ASVG**; **Sbg BehindertenG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Vorschreibung eines **Kostenbeitrags** für die Tages- und Wohnbetreuung gem dem Sbg BehindertenG trotz verfassungsrechtlichen Verbots des Pflegeregresses im Rahmen der Sozialhilfe

11.06.2019, [E 4633/2018](#)

**ASVG**; **Sbg BehindertenG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Vorschreibung eines **Kostenbeitrags** für die Tages- und Wohnbetreuung gem dem Sbg BehindertenG trotz verfassungsrechtlichen Verbots des Pflegeregresses im Rahmen der Sozialhilfe

11.06.2019, [E 183/2019](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** mangels Begründung der – mündlich verkündeten aber nicht zeitnah schriftlich ausgefertigten – Entscheidung betreffend die Abweisung des **Antrags auf internationalen Schutz** eines irakischen Staatsangehörigen

11.06.2019, [E 671/2019](#)

**BVG-Rassendiskriminierung**; **VwGVG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch wesentliche **Abweichung** der „schriftlichen Ausfertigung“ von einer mündlich verkündeten Entscheidung

11.06.2019, [E 1666/2019](#)

**GerichtsorganisationsG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch die nicht vom GerichtsorganisationsG gedeckte Anordnung einer **Personenkontrolle** sowie die **Abnahme von Mobiltelefonen**; keine Beeinträchtigung der Sicherheit des Gerichtsbetriebs durch die akustische Aufzeichnung einer mündlichen Verhandlung durch den Rechtsvertreter

12.06.2019, [E 3528/2018](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** eines irakischen Staatsangehörigen durch Erlassung einer **Rückkehrentscheidung**; keine ausreichende Berücksichtigung des Familienlebens mit seinen drei minderjährigen Kindern durch Außerachtlassen des Kindeswohls

12.06.2019, [E 47/2019](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** betreffend die **Rückkehrentscheidung** eines afghanischen Staatsangehörigen; keine Auseinandersetzung mit dem Familienleben zum minderjährigen Kind

12.06.2019, [E 1371/2019](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung des **Antrags auf subsidiären Schutz** eines irakischen Staatsangehörigen mangels Auseinandersetzung mit gesundheitsrelevantem Vorbringen und medizinischer Versorgungslage sowie der allgemeinen Lage hinsichtlich der innerstaatlichen Fluchtalternative

26.06.2019, [V 75/2018](#)

**NÖ Raumordnungsg**; keine Gesetzeswidrigkeit und keine Invalidation eines vor Inkrafttreten des Nö Raumordnungsg beschlossenen **Teilbebauungsplans**; weiter Gestaltungsspielraum des Ordnungsgebers auf Grund der demonstrativ aufgezählten Bauungsweisen nach dem NÖ Raumordnungsg

26.06.2019, [E 4602/2018 ua](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** auf Grund Außerachtlassung der Änderung der italienischen Rechtslage betreffend die Außerlandesbringung nigerianischer Staatsangehöriger nach Italien in einem **Dublin-Verfahren**

26.06.2019, [E 5061/2018 ua](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung von **Anträgen auf internationalen Schutz** einer irakischen Familie; keine Auseinandersetzung mit den Länderberichten betreffend die Lage von Angehörigen der turkmenischen Volksgruppe und Sunniten in Tal Afar sowie der asylrelevanten Verfolgung durch schiitische Milizen

26.06.2019, [E 1592/2019](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung** durch Abweisung des **Antrags auf internationalen Schutz** eines afghanischen Staatsangehörigen; keine hinreichende Klärung des Sachverhalts hinsichtlich der Glaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens sowie der Beurteilung des Glaubensabfalls des Bf

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

25.06.2019, [Ro 2018/05/0007](#)

**Wr BauO**; das Wesen eines **Abbruchs** besteht darin, das Bauwerk auf eine solche Art zu beseitigen, dass auch die Entsorgung seiner Bauteile problemlos möglich ist; ein auf Abbruch lautender Bauauftrag umfasst die fachgerechte Zerlegung des Bauwerks in seine Bestandteile und deren Abtransport; damit vom Beginn eines Abbruchs gesprochen werden kann, muss zumindest im Inneren des Gebäudes in die Bausubstanz eingegriffen werden; durch die für einen Abbruch erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen wird mit dem Abbruch eines Bauwerks noch nicht begonnen; weiters ist die Erstattung einer Bauanzeige gem § 62a Abs 5 Wr BauO nicht maßgebend für die Frage, ob mit einem Abbruch begonnen wurde

26.07.2019, [Ra 2019/02/0124](#)

**StVO**; im ggst Fall wurde der Rw zur **Durchführung eines Alkomattests** aufgefordert und vom Polizeibeamten belehrt, dass eine Wartezeit von 15 min einzuhalten sei, während der er ua nichts essen und trinken dürfe; andernfalls stelle ein solches Verhalten eine Verweigerung des Alkoholtests dar; trotz Belehrung hat der Rw ein bis zwei Schluck Wasser getrunken; mit seinem Verhalten hat der Rw unstrittig den Verwendungsbestimmungen der Betriebsanleitung des Alkoholmessgeräts sowie der diesen Rechnung tragenden, zumutbaren Anordnung des Polizisten zuwider gehandelt hat, wodurch das Zustandekommen des vorgesehenen Tests vereitelt wurde; ob das Verhalten des Rw tatsächlich das Messergebnis beeinflusst hat oder hätte können, ist im vorliegenden Fall nicht relevant; das VwG hat das Verhalten des RW somit zutreffend als Verweigerung der im Gesetz normierten Pflicht, sich dem Atemalkoholtest zu unterziehen, gewertet

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG NÖ 12.08.2019, [LVwG-2017/22/0613-48](#)

**Tir BauO**; unter dem Begriff „**Fahnengrundstück**“ sind solche Grundstücke zu zählen, die zwar als Bauland gewidmet sind, jedoch lediglich aus einem sehr schmalen, nicht bebaubaren Streifen, gleich einer bloßen Zufahrtsstraße, bestehen; typisch ist in diesen Fallkonstellationen, dass das Nachbargebäude auf dem an das Fahnengrundstück anschließende Grundstück unmittelbar an der Grundstücksgrenze liegt; ggst dient das zwischen den beiden bebauten Grundstücken liegende Grundstück, das im Eigentum der beiden anschließenden Grundstückseigentümer steht, der Zufahrt für beide Grundstücke; vor diesem Hintergrund müssen in Bezug auf derartige Grundstücke die Regeln des § 5 Tir BauO sinngemäß Anwendung finden, weil jede andere Auslegung, dieses Grundstück als „vollwertiges“ Nachbargrundstück iSd § 6 leg cit zu betrachten, zu sinnentleerten Ergebnissen führt; Bauungsvorschriften dürfen nicht zum reinen Selbstzweck verkommen, sondern sind im Lichte einer sinnvollen und alle Belange des Baurechts berücksichtigenden Betrachtung auszulegen

LVwG NÖ 09.09.2019, [LVwG-AV-570/001-2018](#)

**ÄrzteG; VwGVG**; ist die **Entscheidung der Kollegialbehörde** [hier: Disziplinarkommission gem § 160 ÄrzteG] nicht von der erforderlichen kollegialen Willensbildung getragen, ist sie – der Rsp des VwGH zur Kollegialbehörde „Verwaltungsausschuss des Wohlfahrtsfonds“ nach dem ÄrzteG folgend – als Nichtbescheid zu qualifizieren; eine nachträgliche Unterfertigung vermag den zuvor kollegial zu bildenden Willen nicht zu ersetzen und entspricht jedenfalls nicht den gesetzlichen Vorschriften über die Willensbildung

LVwG NÖ 11.09.2019, [LVwG-AV-133/001-2019](#)

**VwGVG; GebührenanspruchsG**; sowohl die vorläufige **Berechnung als auch die Bestimmung der Gebühr** gem § 26 VwGVG stellen einen Akt der Justizverwaltung dar

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[18.09.2019, Rs C-526/17, Kommission/Italien](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – Richtlinie 2004/18/EG – Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge – **Öffentliche Baukonzessionen – Verlängerung** der Dauer einer bestehenden Konzession für den Bau und den Betrieb einer Autobahn **ohne Veröffentlichung einer Ausschreibung**

[18.09.2019, Rs C-700/17, Peters](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerwesen** – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst b und c – **Befreiungen** – Krankenhausbehandlungen und ärztliche Heilbehandlungen – Heilbehandlungen im Bereich der **Humanmedizin**, die im Rahmen der Ausübung der ärztlichen und artztähnlichen Berufe durchgeführt werden – Kein Vertrauensverhältnis zwischen dem Behandelnden und dem Patienten

[18.09.2019, Rs C-32/18, Moser](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit – **Wanderarbeitnehmer** – Verordnung (EG) Nr 987/2009 – Art 60 – Familienleistungen – Anspruch auf Zahlung des **Unterschiedsbetrags** zwischen dem im vorrangig zuständigen Mitgliedstaat gewährten **Elterngeld** und dem im nachrangig zuständigen Mitgliedstaat vorgesehenen **Kinderbetreuungsgeld**

[18.09.2019, Rs C-47/18, Riel](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Anwendungsbereich – Art 1 Abs 2 Buchst b – Konkurse, Vergleiche und ähnliche Verfahren – Ausschluss – Klage auf Feststellung des Bestehens einer Forderung zum Zweck ihrer Anmeldung in einem **Insolvenzverfahren** – Anwendung der Verordnung

(EG) Nr 1346/2000 – Art 41 – **Inhalt** einer **Forderungsanmeldung** – Hauptinsolvenzverfahren und Sekundärinsolvenzverfahren – Anhängigkeit und im Zusammenhang stehende Verfahren – Entsprechende Anwendung von Art 29 Abs 1 der Verordnung Nr 1215/2012 – Unzulässigkeit

#### [18.09.2019, Rs C-222/18, VIPA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung – Richtlinie 2011/24/EU – Art 3 Buchst k und Art 11 Abs 1 – Verschreibung – Begriff – Anerkennung einer in einem anderen Mitgliedstaat von einer befugten Person ausgestellten Verschreibung – Voraussetzungen – Freier Warenverkehr – Verbot von Maßnahmen mit gleicher Wirkung wie mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen – Art 35 und 36 AEUV – Beschränkung der Abgabe von der **ärztlichen Verschreibungspflicht unterliegenden Arzneimitteln** durch eine **Apotheke** – In einem anderen Mitgliedstaat ausgestellter Bestellschein – Rechtfertigung – Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen – Richtlinie 2001/83/EG – Art 81 Abs 2 – Arzneimittelversorgung der Bevölkerung eines Mitgliedstaats

#### [18.09.2019, Rs C-366/18, Ortiz Mesonero](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2010/18/EU – Überarbeitete Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub – Nationale Regelung, die die Genehmigung von **Elternurlaub** von der **Verkürzung der Arbeitszeit** mit entsprechender Verringerung des Arbeitsentgelts abhängig macht – Wechselschichtarbeit – Antrag des Arbeitnehmers auf **feste Arbeitszeiten**, um seine minderjährigen Kinder betreuen zu können – Richtlinie 2006/54/EG – Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen – Mittelbare Diskriminierung – Teilweise Unzulässigkeit

#### [18.09.2019, verb Rs C-662/18 u C-672/18, Ministre de l'Action und des Comptes publics \(Plus-value afférente à l'échange de titres\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Direkte Besteuerung – Richtlinie 90/434/EWG – Richtlinie 2009/133/EG – Art 8 – Auf den **Austausch von Anteilen entfallende Wertsteigerung** – Veräußerung der bei dem Austausch erhaltenen Anteile – In der Besteuerung aufgeschobene Wertsteigerung – **Besteuerung** der Anteilshaber – Besteuerung nach unterschiedlichen Regelungen für Steuerbemessungsgrundlage und Steuersatz – Ermäßigungen auf die Steuerbemessungsgrundlage unter Berücksichtigung der Haltedauer der Anteile

#### [19.09.2019, Rs C-34/18, Lovasné Tóth](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Art 3 Abs 1 und 3 – Anhang der Richtlinie 93/13/EWG – Nr 1 Buchst m und q – **Hypothekendarlehensvertrag** – Notarielle Urkunde – Erteilung der Vollstreckungsklausel durch einen **Notar** – Umkehr der Beweislast – Art 5 Abs 1 – Klare und verständliche Abfassung

#### [19.09.2019, verb Rs C-95/18 u C-96/18, van den Berg und Giesen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit der **Wanderarbeitnehmer** – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 13 – Anzuwendende Rechtsvorschriften – Gebietsansässiger eines Mitgliedstaats, der in den Geltungsbereich der Verordnung (EWG) Nr 1408/71 fällt – Leistungen aus der **Rentenversicherung** und **Kindergeld** – Wohnsitz- und Beschäftigungsmitgliedstaat – Verweigerung

#### [19.09.2019, Rs C-251/18, Trace Sport](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Handelspolitik – **Antidumpingzölle** – Einfuhr von aus Indonesien, Malaysia, Sri Lanka und Tunesien versandten Fahrrädern – Ausweitung des endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von **Fahrrädern** mit Ursprung in China auf diese Länder – Durchführungsverordnung (EU) Nr 501/2013 – Gültigkeit – Zulässigkeit – Fehlen einer von der Klägerin des Ausgangsverfahrens erhobenen Nichtigkeitsklage – Verbundener Einführer – Klagebefugnis für eine Nichtigkeitsklage – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 13 – Umgehung – Art 18 – Fehlende Mitarbeit – Beweis – Bündel von Indizien

#### [19.09.2019, Rs C-467/18, Rayonna prokuratura Lom](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Art 6 und 47 sowie Art 51 Abs 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richtlinie 2012/13/EU – Art 8 Abs 2 – Richtlinie 2013/48/EU – Art 12 – Richtlinie (EU) 2016/343 – Art 3 – Nationale Regelung, die aus therapeutischen Gründen und Sicherheitsgründen die **psychiatrische Unterbringung** von Personen gestattet, die im Zustand geistiger Verwirrung Taten begangen haben, aufgrund deren eine **Gefahr**

für die **Allgemeinheit** besteht – Recht auf Rechtsbelehrung – Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Unschuldsvermutung – Schutzbedürftige Person

#### [19.09.2019, Rs C-527/18, Gesamtverband Autoteile-Handel](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Kraftfahrzeuge** – Verordnung (EG) Nr 715/2007 – Art 6 Abs 1 Satz 1 – **Reparatur- und Wartungsinformationen** für Fahrzeuge – **Pflichten des Herstellers** gegenüber unabhängigen Marktteilnehmern – Uneingeschränkter Zugang zu diesen Informationen mit Hilfe eines standardisierten Formats – Modalitäten – Diskriminierungsverbot

#### [19.09.2019, Rs C-544/18, Daknevičiute](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Selbständige Erwerbstätigkeit – Staatsangehörige eines Mitgliedstaats, die ihre selbständige Tätigkeit wegen der **körperlichen Belastungen** im Spätstadium ihrer **Schwangerschaft** und nach der **Geburt** aufgegeben hat – Aufrechterhaltung der **Eigenschaft als Selbständige**

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

#### [17.09.2019, Rs C-489/19 PPU, NJ \(Parquet de Vienne\) \(GA Sharpston\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Europäischer Haftbefehl – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art 6 Abs 1 – Ausstellende Justizbehörde – Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft gegenüber der Exekutive – **Beurteilungskriterien** – Von der Staatsanwaltschaft ausgestellter **Europäischer Haftbefehl**, der vor seiner Durchführung von einem ordentlichen Gericht nach umfassender Überprüfung bewilligt wurde

#### [19.09.2019, Rs C-523/18, Engie Cartagena \(GA Hogan\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Gemeinsame Vorschriften für den **Elektrizitätsbinnenmarkt** – Richtlinie 2003/54 – Art 3 Abs 2 – Richtlinie 2009/72 – Art 3 Abs 2 – Anwendbarkeit – Begriff der **Gemeinwohlverpflichtung**

## **C. GERICHT**

#### [17.09.2019, Rs T-633/18, Rose Gesellschaft/EUIPO - Iviton \(TON JONES\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der Unionswortmarke **TON JONES** – Ältere nationale und internationale Bildmarke Jones – Nachweis der **ernsthaften Benutzung der älteren Marken** – Art 47 Abs 2 und 3 der Verordnung (EU) 2017/1001 – Art 18 Abs 1 der Verordnung 2017/1001 – Art 10 der Delegierten Verordnung (EU) 2018/625

#### [19.09.2019, T-786/17, BTC/Kommission](#)

Schiedsklausel – **Finanzhilfvereinbarung** im Rahmen des Rahmenprogramms eTEN zur Förderung transeuropäischer Telekommunikationsnetze – Projekt ‚SafeChemo‘ – Untersuchungsbericht des OLAF, in dem festgestellt wird, dass bestimmte getätigte **Ausgaben nicht förderfähig** sind – Teilweise Rückzahlung der gezahlten Beträge – Widerklage

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

#### **17.09.2019, Beschwerde Nr [75460/10](#), Akdağ / Türkei**

**Verletzung** von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Ablegung eines **erzwungenen Geständnisses** durch die Bf in Polizeigewahrsam; keine Gewährung des **Zugangs** zu einem **Anwalt** für die Bf während des Verhörs; **kein Nachweis** der nationalen Behörden, dass die Bf auf ihr Recht auf einen Rechtsbeistand **gültig verzichtet** hatte

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.